

# FORUM IN BADRINA

# Bändigung des Militarismus, Sicherung des Friedens, Deutschlands Zukunft: Alles hängt von unserem Kampf ab

Gespräch über den Deutschlandplan des Volkes im Sommerlager der Germanisten, Slawisten, Romanisten, Biologen, Geographen und ABF / Auf Fragen antworteten u. a. Klaus Höpcke, Stellvertreter des Ersten Sekretärs der Universitäts-Parteilung, Genosse Kuschnik, Sekretär für Propaganda der SED-Kreisleitung Delitzsch, Fritz Richter, Sekretär der FDJ-Hochschulgruppenleitung



„Art. 3 GG: Niemand darf wegen seiner politischen Anschauung benachteiligt werden“. Studenten fordern Rehabilitation von Frau Professor Klemmeck – Plakate mit diesen Lösungen führten die 250 Studenten der Wuppertaler Pädagogischen Akademie bei ihrem Sitzstreik vor dem CDU-Kultusministerium in Düsseldorf mit sich. — Mit ihnen erklärten sich alle Teilnehmer des Forums solidarisch.

Sonnabend, 23. Juli, 15 Uhr. Die Teilnehmer an einem Forum über den Deutschlandplan des Volkes füllen das große Hundertmann-Zelt im Sommerlager der Lehrerstudenten in Badrina. Sie kamen nicht unvorbereitet hierher. Vorausgegangen war das nochmalige gründliche Studium des Deutschlandplanes und neuester ergänzender Materialien, insbesondere der Ausführungen Walter Ulbrichts auf der Pressekonferenz in Berlin, und schließlich hatte es bereits in verschiedenen Zelten Auseinandersetzungen über einige Fragen gegeben. So nahm es nicht wunder, daß keine Minute verstrich, bis die erste Frage zur Debatte ge-

stellt wurde, und daß nach mehr als zwei Stunden immer noch heftig diskutiert wurde. Die eingeladenen Gäste und die leitenden Funktionäre des Lagers gaben auf die zahlreichen Fragen erschöpfende Antwort. Aber es war kein Frage-Antwort-Spiel, sondern eine gemeinsame Debatte, der alle Freunde mit großer Aufmerksamkeit folgten, in der sie bestrebt waren, sich zu rüsten für den verstärkten Kampf gegen den deutschen Militarismus und sich bemüht, durch eigene Beiträge zur Klärung der aufgeworfenen Fragen beizutragen.

## Sowjetunion betrieb keinen territorialen Schacher

Bernhard Rüdiger, künftiger Germanistikstudent: Im Brief an die westdeutsche Arbeiterklasse, in dem der Deutschlandplan des Volkes entwickelt wird, weist Walter Ulbricht das „Recht des Eroberers“ zurück, mit dem Adenauer die Beibehaltung des Besatzungsregimes in Westberlin durchsetzen will, und sagt, wenn jemand das Recht zustünde, dann höchstens der Sowjetunion. In diesem Zusammenhang die Frage: Begründen sich nicht die Rechte der Westmächte auf Westberlin auf den Austausch gegen die Gebiete westlich der Linie Torgau-Freiberg?

Fritz Richter: Man kann hierbei nicht ausgehen von einem „Recht des Eroberers“ — Walter Ulbricht gebraucht den Begriff ja auch lediglich in der Gegenüberstellung — sondern davon, daß es der Sowjetunion nach 1945 einzig darum ging, Deutschland als einheitlichen, friedliebenden, demokratischen Staat wiederherzustellen.

Niemals hat die Sowjetunion einen territorialen Schacher betrieben, indem sie Westberlin gegen die vorgeschobenen Gebiete austauschte. Die Aufteilung Westberlins unter die Verwaltung der vier Großmächte erfolgte im Interesse einer gemeinsamen schnellen Verwirklichung des Potsdamer Abkommens, und deshalb gründet die Sowjetunion ihre Forderung auf Abzug der westlichen Besatzungstruppen aus Westberlin darauf, daß Westberlin zur Frontstadt gemacht und das Potsdamer Abkommen nicht erfüllt wurde und nun die Faktoren, die das verhinderten, beseitigt werden müssen — und nicht etwa auf ein „Recht des Eroberers“.

Aus der Mitte des Forums wurde hierzu ergänzt: Außerdem wurden die Vereinbarungen über die Aufteilung der Besatzungszonen und die Einleitung der Sektoren Berlins bereits zu einer Zeit getroffen, als noch gar nicht abzusehen war, wo die Begegnung der sowjetischen und amerikanisch-englischen Truppen erfolgen würde.

## Nicht ewig wie die Fischer am Meer

Monika Knobus, Germanistikstudentin: Was würde aus Westberlin werden, wenn die Sowjetunion einen separaten Frieden mit der DDR abschließt?

Klaus Höpcke: Wir sind hier unter Studenten der Sprachwissenschaften, und eigentlich müßte da bekannt sein, was „separare“ heißt, nämlich sich abtrennen, absondern. Aber es ist doch eindeutig gesagt worden, daß sich alle Staaten, die mit Deutschland im Kriegszustand waren, an diesem Friedensvertrag beteiligen können, wenn kein Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten zustande kommt. Wir möchten sogar gern, daß alle daran teilnehmen, nur werden wir nicht — wie es Christusow sagte — ewig wie Fischer am Meer stehen. — Was würde nun bei Abschluß eines Friedensvertrages mit der DDR werden? Das würde bedeuten, daß solche Reste des zweiten Weltkrieges wie das Besatzungsstatut in Westberlin hinfällig werden, daß auch hinsichtlich Westberlins ordentliche Rechtsverhältnisse geschaffen werden und wir u. a. unser Recht auf Kontrolle des Verkehrs, auch der von amerikanischen, englischen und französischen Streitkräften unterhaltenen Luftverbindungen, mit Westberlin verwirklichen.

Dr. Seehase, Assistent am Institut für Anglistik und Amerikanistik: Es ist in Diskussionen bei uns auch ein Streit geführt worden über eine künftige Währung in Westberlin, eine Frage, die von den Organen einer Freien Stadt Westberlin zu entscheiden wäre. Jetzt geht es doch zuerst einmal darum, die Spionageorganisationen hinauszuswerfen und die Besatzungsfunktionen, die die Westmächte noch ausüben, aufzuheben.

Eine Geographiestudentin stellte die Frage: Welche Aufgaben haben die westlichen Militärmissionen in unserer Republik... (Zwischenruf des Genossen Höpcke: Das haben wir

## Alle Reste des zweiten Weltkrieges beseitigen

Klaus Höpcke: Wie gesagt, welche tatsächlichen Aufgaben sie haben, konnten wir jetzt sehen. Dafür haben unsere Staatssicherheitsorgane gesorgt, und Genosse Ulbricht hat das vor der Weltöffentlichkeit jetzt enthüllt. Ursprünglich sollten die Missionen entsprechend der damaligen Lage und den alten Abmachungen die Verwirklichung der Besatzungspolitik beobachten, das heißt, ihren Sinn haben sie spätestens seit Gründung der DDR verloren. Jetzt haben sie nur ihre Überflüssigkeit demonstriert, als entlarvt wurde, daß sie nicht nur Spionage treiben, sondern unmittelbar an der Vorbereitung eines Bürgerkrieges und Weltkrieges beteiligt sind.

Christa Schneider, Parteibeauftragte des Lagerdurchganges: Die ehemaligen Bundeswehrsoldaten Winter und von Gliga zeigen uns doch sehr gut den Zusammenhang zwischen der Unterminierung der DDR, an der die Missionen mitarbeiteten, und der NATO-Strategie. Ihre Tätigkeit stimmt vollkommen überein mit der von den deutschen Militaristen verbreiteten Ideologie vom provisorischen Charakter der Ostgrenze der Bundesrepublik.

Darauf Gisela Vogel, Germanistikstudentin: Warum haben wir dann bis jetzt noch nicht den Antrag gestellt, daß diese Missionen zurückgezogen werden?

Klaus Höpcke: Alle Reste des zweiten Weltkrieges, von denen es ja noch eine ganze Reihe gibt, müßten durch den Abschluß des Friedensvertrages beseitigt werden. Sich speziell auf die Militärmissionen zu konzentrieren, hieße abzulassen von den hauptsächlich Überresten des zweiten Weltkrieges, die im westdeutschen Militarismus, seiner Atomkriegsarmee, seiner Revanche-Hetze, seinem klerikal-faschistischen Staatsapparat sowie in zahlreichen Besatzungsrechten der Westmächte in Westdeutschland und Westberlin verkörpert sind. Die Militärmissionen sind doch nur Hunde von der Meute der Hunde, uns geht es aber um die Meute.

## „Abgestrichen“ werden muß der Militarismus

Dorothea Behrmann: Im Deutschlandplan des Volkes wird als Bedingung für eine deutsche Konföderation die Beseitigung des Militarismus in Westdeutschland gefordert, aber erfordert das nicht auch die Beseitigung seiner Basis, des Imperialismus und damit eine Änderung der Gesellschaftsordnung?

Fritz Richter: Wir streben einen nationalen Kompromiß an, um den Militarismus zu beseitigen. Das bedeutet aber doch nicht, nur einige Krautjunker und Generale abzusetzen und zu isolieren; selbstverständlich müssen da einige ökonomische Wurzeln mit herausgerissen werden. Aber heißt das Sozialismus? — Nach 1945 hatten wir doch bei uns nicht mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen, und in bezug auf Westdeutschland stellen wir doch noch nicht einmal so weitgehende Aufgaben wie damals bei uns. Es geht doch vielmehr darum, die Konzentration der militaristischen, revanchistischen Kräfte zu zerschlagen.

Deshalb genügt es nicht, militärische Auswüchse wie Blätter eines Giftbaumes abzureißen, sondern es müssen auch diejenigen Monopole, die Revanchepolitik durchsetzen wollen, beseitigt werden.

Dazu dient ein nationaler Kompromiß. Er bedeutet in erster Linie: Kompromißloser Kampf aller friedliebenden Menschen gegen die Machtkonzentration zur Entfesselung eines Krieges, bedeutet Einigung in dieser Frage und nicht etwa, Abstriche zu machen beim Aufbau des Sozialismus. Abgestrichen werden muß der Militarismus.

## Die Spitze des Kampfes gegen die Atomrüstung

Klaus Höpcke: Dabei muß die

Spitze des Kampfes darauf gerichtet sein, die Atomrüstung rückgängig zu machen, denn hier konzentriert sich der reaktionäre Klüngel, und hier ist am deutlichsten sichtbar, wie klein der Kreis der Kriegstreiber und wie groß der Kreis ihrer Gegner ist. Hier sind die Militaristen am besten zu schlagen, hier können wir die breitesten Kreise gegen sie mobilisieren, bis zu Teilen der Bourgeoisie. Es ist klar, daß solche Monopole wie die Deutsche Bank, AEG, Siemens, IG Farben, der Flickkonzern oder auch Springer als ein riesiger Konzern der Revanche-Pressen, als unmittelbare Träger des Militarismus über die Klänge springen müssen. Andere Monopole dagegen, z. B. im Bergbau oder in der Gebrauchsgüterindustrie, sind nicht als unmittelbare Atomkriegsinteressenten anzusehen, ihre Vertreter können möglicherweise gewonnen werden für den Kampf um den Frieden.

## Was heißt neutrales Deutschland?

Karl Mansfeld: Im Appell an die westdeutschen Bürger auf der Pressekonferenz spricht Walter Ulbricht von einem neutralen Deutschland. Aber widerspricht das nicht unserer Auffassung von Parteilichkeit, wir können uns doch im Weltgeschehen nicht neutral verhalten?

Christa Schneider: Neutralität bedeutet hier nicht Unparteilichkeit, sondern Ausschaltung der Militaristen, bedeutet, daß Deutschland keiner militärischen Kräftegruppierung angehöre, und nicht etwa Verzicht auf den Aufbau des Sozialismus.

Genosse Richter, Abteilung Marxismus-Leninismus der Philosophischen Fakultät: Ein neutrales Deutschland hätte die wichtige Aufgabe, eine Brücke zu sein zwischen Ost und West. Die militärische Neutralisierung Deutschlands hätte deshalb so große Bedeutung für die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz der Welt, weil sich der Kampf um den Frieden in Deutschland so entscheidend zugespitzt hat.

## Wie können wir den Kampf gewinnen?

Frage: Wie muß sich das Verhältnis der Klassenkräfte in Westdeutschland verschoben, um die Militaristen zu schlagen, muß erst die Arbeiterklasse an die Macht kommen?

Christa Schneider: Es kommt darauf an, die Macht der reaktionären Monopole durch den Kampf des Volkes zurückzudrängen. Der Einfluß der Volksmassen auf den Staat muß sich erhöhen.

Peter Irmscher, VTA: Natürlich gefellen den Militaristen unsere Forderungen nicht, und sie werden einen heftigen Widerstand leisten, um ihre Positionen zu halten. Wie können wir diesen harten Kampf gewinnen?

Klaus Höpcke: Die Fragestellung ist in diesem Zusammenhang nicht selten so: Der Ernst der Lage sei vollkommen klar, jetzt komme es aber auf Westdeutschland an, auf die westdeutsche Arbeiterklasse. — Ist aber auch wirklich immer alles klar? Die Tatsachen, die Walter Ulbricht auf der Pressekonferenz enthüllte, zeigen uns ganz deutlich, wie groß jetzt die Gefahr geworden ist. Am 21. Juni 1960 wurde verabredet, die Beschränkungen für Westdeutschland in bezug auf die Lagerung und Herstellung von Atomwaffen im Rahmen der NATO aufzuheben. Und Speidel, als Oberkommandierender der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa, soll der Befehl über den Einsatz von Atomwaffen in die Hand gegeben werden. Verbunden mit diesen Schritten ist ein neuer Auftrieb der Revanchehetze in Westdeutschland.

Das alles bedeutet: Der Grundwiderspruch in Deutschland wird immer schärfer, die Gegensätze zwischen den militaristischen Kräften in der Westzone und den friedliebenden Menschen in ganz Deutschland werden immer größer. In Westdeutschland verschärfen sich im Gefolge der Atomkriegspolitik auch die ökonomischen Gegensätze zwischen der Arbeiterklasse und den Imperialisten. Das ist die objektive Lage.

Zweiten hört man nun die Besorgnis, ja sogar den Vorwurf, die westdeutsche Arbeiterklasse sei der Entwicklung in Westdeutschland gegenüber gleichgültig, sie sei korruptiert. — In Wirklichkeit ist sie einem starken ökonomischen, politischen und ideologischen Druck ausgesetzt. Das beginnt bereits in den Betrieben mit Prämien für gute Führung, kommt zum Ausdruck in der Gewinnbeteiligung, in den Teilzahlungsbedingungen, in der demagogischen Ausnutzung der Hochkonjunktur. Der verschärfte politische Druck zeigt sich in der am 24. Juni beschlossenen Novelle zum Wehrpflichtgesetz, wonach ein „Spannungszustand“ erklärt werden kann und alle Männer ab 18. Lebensjahr Strauß unterstellt werden können, sowie an dem vorbereiteten Notstandsgesetz, durch das die Verfassung mit allen bis jetzt wenigstens noch formal geltenden bürgerlichen Freiheiten außer Kraft gesetzt werden soll. Schließlich kommt zu dem allen hinzu die Selbstaufgabe der SPD durch ihre rechten Führer und die über 25 Jahre währende ununterbrochene Propaganda der imperialistischen, faschistischen, rassistischen Ideologie, besonders des Antikommunismus, die auf der westdeutschen Bevölkerung lastet.

## Wenn der Kampf organisiert wird...

Aber japanisch reden kann man auch in Westdeutschland, zumal die westdeutschen Friedenskämpfer eine mächtige Stütze in ihrem Ringen haben — die Existenz der DDR. Der Kampf gegen den Bau von Raketenabschubrampen bei Dortmund, wo selbst der Oberbürgermeister mit protestieren mußte, der Protestmarsch der über 60 000 Bergarbeiter durch Bonn 1959 und jüngst die Aktionen der 5000 Gewerkschafter gegen den Reichsparteitag der faschistischen DRP sowie verschiedene andere Beispiele zeigen doch: Wenn der Kampf organisiert wird, dann verstehen es die Massen in Westdeutschland auch sehr gut, „japanisch“ zu reden.

## Marburg und Aachen

Das trifft ebenso auf die Hochschulen in Westdeutschland zu. Sommer ist in Heidelberg bei den Studenten gehörig abgeblitzt, in Hamburg wurden alle zehn SDS-Kandidaten auf Grund ihrer entschlossenen Haltung gegenüber der Kapitulationspolitik der rechten SPD-Führer in das Studentenparlament gewählt, die Aachener Studenten beschlossen Kontakte mit Universitäten der DDR aufzunehmen, und zwar zu Vertretern der FDJ, und — das ist sehr wichtig — sie beriefen sich dabei auf Marburg — also auf uns!

Wenn also Bonn den Kampf verschärft, kann das für die Friedenskräfte nur bedeuten, ihre Anstrengungen zu verdoppeln. Man muß auch ganz deutlich sagen, was in Westdeutschland geschehen wird, wenn die Militaristen nicht gehindert werden, einen Konflikt zu entfesseln. Walter Ulbricht hat das auf der Pressekonferenz in Berlin klar ausgesprochen: „Wenn die hertschenden Kreise allerdings der Meinung sind, sie könnten einen Weltkrieg riskieren — und Herr Adenauer und Herr Strauß sind gegenwärtig noch dieser Meinung — dann sollten sie erwägen, daß 25 Raketen ausreichen, um die ganze militärische Aufrüstung Westdeutschlands vom Boden wegzufegen, das heißt, in einer Stunde ist Schluß mit dieser Rüstung.“

## Lehren aus der Geschichte ziehen!

Dann fragte die Slawistikstudentin Tobias: Wie können jetzt die SPD-Mitglieder am besten für den Kampf gegen den Militarismus und für de-

mokratische Verhältnisse in Westdeutschland mobilisiert werden?

Genosse Kuschnik: Es kann auf keinen Fall darum gehen, eine neue Partei zu schaffen, etwa eine linke SPD, sondern darum, den Mitgliedern die Augen zu öffnen, ihnen zu verdeutlichen, was ihre Führung getan hat, damit das Lehrgeld von 1914 und 1933 nicht für umsonst bezahlt wurde. Sie dürfen den Führern nicht mehr Folge leisten, sie müssen sich vielmehr wieder auf ihre Verpflichtungen in der Bewegung Kampf dem Atomtod besinnen, und wir müssen alle möglichen Verbindungen ausnutzen, um sie auf die Konsequenzen des Verrats der rechten SPD-Führer hinzuweisen, die man jetzt ausschalten muß.

## Unsere Erfolge

### wirken nicht automatisch

Dieter Löffler, Germanistische Inzultüte: Ich kann mir nicht vorstellen, daß es in Westdeutschland tatsächlich möglich ist, japanisch zu reden, weil die Aktionseinheit fehlt. Ist nicht die Chance für einen gemeinsamen Kampf schon zur Zeit des Generalvertrages vorübergegangen? Und legen deshalb nicht alle Möglichkeiten nur noch bei uns, durch unser Beispiel und direkt nach Westdeutschland zu wirken?

Klaus Höpcke: So ist der Sinn unserer ökonomischen Erfolge nicht zu verstehen, daß sie automatisch wirken und sich die westdeutsche Bevölkerung damit beruhigt auf uns verlassen kann. Sie sollen gerade dadurch mobilisiert werden. Und wieso ist die Chance zur Zeit des Generalvertrages verpaßt? Sind nicht gerade jetzt erst recht auf Grund des verschärften Bonner Atomkriegskurses die Notwendigkeit und Möglichkeit der Mobilisierung der Volksmassen größer denn je?

Fritz Richter: Hinzu kommt noch das veränderte internationale Kräfteverhältnis. Das Tempo, mit dem die fortschrittlichen Kräfte heute in der ganzen Welt vorangehen, zeigt doch die Tatsache, daß es Eisenhower einfach nicht gelang, auch nicht mit der Macht seiner Kriegsflotte im Pazifik, dem „verbündeten“ Japan einen Besuch abzustatten, und das gleiche zeigt die Erklärung der Sowjetunion zur Aggression der Imperialisten im Kongo: Die Kriegstreiber können nirgendwo ohne weiteres mehr so wie sie wollen.

## Beide Alternativen

### des Militarismus verhindern!

Zum Schluß des Forums schlug Genosse Höpcke vor, daß die aufgeworfenen Fragen in den Seminaren in den Brigade-Zelten weiter gründlich geklärt werden. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, daß es notwendig ist, auch auf die im Deutschlandplan gekennzeichnete zweite Alternative einzugehen, die die Militaristen im Auge haben, wenn sie ihre Blitzkriegspläne nicht verwirklichen können — die weitere Vertiefung der Spaltung Deutschlands —, und er zitierte aus einem Artikel von Strauß, in dem die Bestrebungen zum Ausdruck kommen, Westdeutschland zu einem Satellitenstaat der USA zu machen. Der Bonner Kriegsminister fordert darin eine „auf Leben und Tod zusammengehörende institutionelle Solidarität“ mit den USA.

„Alles hängt von unserem gemeinsamen Kampf in Deutschland ab“, sagte Genosse Höpcke abschließend, „die Kräfte sind vorhanden, die beiden vom deutschen Militarismus angestrebten verhängnisvollen Alternativen zu verhindern und die im Deutschlandplan des Volkes gewiesene dritte Alternative der Bändigung des Militarismus und der Verständigung der friedliebenden Deutschen zu verwirklichen.“